



Fliegt Guy Parmelin in den USA in ein perfektes Sommergewitter?

Benjamin Bitoun
und Fabian Fellmann

Zollstreit mit Donald Trump Der Bundespräsident reist nächste Woche nach Washington. Diese Reise dürfte entscheidend werden. Der Bundesrat ist zu Konzessionen bereit – denn es droht ein zweiter Zollhammer.

Für Wirtschaftsminister Guy Parmelin naht kommende Woche der Moment der Wahrheit. In der Washingtoner Hitze trifft er Trumps Handelsbeauftragten Jamieson Greer, um über die Zukunft der US-Zölle zu verhandeln. Da in den USA die gesetzliche Grundlage für die aktuellen Tarife am 23. Juli ausläuft, muss Parmelin für die Schweizer Exportwirtschaft eine Anschlusslösung sichern. Das Ziel: Die im Herbst notfallmässig vereinbarte Obergrenze von 15 Prozent darf nicht fallen.

In Bern sorgt der Termin für Anspannung. Zu schmerzhaft ist die Erinnerung an den 31. Juli 2025. Damals endete ein Telefonat der damaligen Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter mit Trump im Eklat. Der Mann im Weissen Haus beschimpfte Keller-Sutter und verhängte Zölle von 39 Prozent. Seither lässt er sich bei jeder Gelegenheit über das kleine Land aus, «das ohne uns nicht mehr die Schweiz ist».

Ist Guy Parmelin gewappnet gegen Trumps Launen?

Nach dem Fiasko im Vorjahr war es an Staatssekretärin Helene Budliger Artieda, den Draht nach Washington neu zu knüpfen. Doch nun lastet die Hauptverantwortung auf Guy Parmelin, der als Bundespräsident und Wirtschaftsminister den Lead für den Zolldeal trägt. Erlebt Parmelin einen eigenen «Keller-Sutter-Moment» – oder bringt er die Mission erfolgreich ins Ziel? Ist die Schweiz diesmal besser gewappnet gegen die Launen von Trump, oder droht der Wirtschaft ein erneutes Sommergewitter?

Wer mit Parmelins Umfeld

spricht, vernimmt vorsichtigen Zweckoptimismus. Die Gespräche im Zollstreit seien fortgeschritten, der Deal müsse quasi nur noch gelandet werden. Da die Verhandlungen geheim sind, dringen Details nur anonym nach draussen.

Doch was sich im Verborgenen abspielt, ist brisant: Der Bundesrat ist offenbar bereit, beim Deal auch bei der Rechtssicherheit für Exporteure Kompromisse einzugehen. Bisher forderte die Landesregierung stets ein rechtlich verbindliches Abkommen. Nun weicht sie dieses Ziel auf – obwohl das Versprechen noch im November 2025 Kernbestandteil der gemeinsamen Erklärung mit Trump war.

Inzwischen gibt man sich in Bern offen für alternative Lösungen. Es sei durchaus möglich, dass der Deal statt in einem Abkommen lediglich in einer weiteren gemeinsamen Erklärung bestehe – oder gar nur in einer Aktualisierung der alten vom November. Mehrere gut informierte Beobachter halten dies ohnehin für die einzig realistische Variante.

Parmelin selbst deutete den Kurswechsel unlängst an: «Es ist nicht einfach, wir wollen eine gewisse Sicherheit», sagte er am Rand des Swiss Economic Forum zu SRF. «Aber sicher ist bisher nur, dass es keine Sicherheit gibt.»

Dass Bern die Idee eines echten Handelsabkommens begräbt, lässt sich als Kapitulation vor Trump deuten – oder als realistische Einschätzung ungleicher Kräfteverhältnisse. Der US-Prä-

sident kontrolliert den grössten und am schnellsten wachsenden Markt der westlichen Welt. Kein Land kann es sich leisten, darauf zu verzichten. Entsprechend diktiert Washington die Bedingungen für den Marktzugang. Ein Diplomat bringt es auf den Punkt: «Alle kleinen Länder konnten mit Trump nur schlechte Deals abschliessen.»

Pläne des Bundespräsidenten geben in Bern zu reden

Ohne Handelsabkommen hat das Parlament zur Vereinbarung mit den USA womöglich nichts zu sagen. Das kommt im Bundeshaus schlecht an. «Das ist völlig inakzeptabel», sagt SP-Aussenpolitiker Fabian Molina. Das aktuelle Verhandlungsmandat deckt einen solchen Kurswechsel nicht ab. «Man kann das Parlament in der Sache nicht einfach entmachten oder aussen vor lassen», sagt Molina. Ohne echtes Abkommen fehle jegliche Absicherung. «Wenn die Schweiz nichts Rechtsverbindliches hat, dann gibt es erst recht null Garantie, dass wir beim nächsten Tweet von Donald Trump nicht schon wieder mit einem höheren Zollsatz dastehen», sagt Molina.

In Verhandlungskreisen sieht man das naturgemäss anders. Die Schweiz und der Bundesrat könnten mit einer reinen Aktualisierung der Erklärung gut leben, heisst es dort. Da ein Handelsabkommen zwingend vor das Parlament gelangen müsste, wäre die Hürde für einen raschen Abschluss enorm hoch. Ein solcher Prozess würde die Verhandlungen in die Länge ziehen – und da-

mit die US-Regierung verärgern.

Zudem sei es für die hiesigen Exportfirmen bereits ein Erfolg, wenn sie einige Monate Ruhe vor neuen Tarifänderungen hätten. Das ständige Auf und Ab der Zölle verunsicherte die Unternehmen und löste einen immensen administrativen Aufwand aus. Die handelspolitische Achterbahnfahrt seit 2025 im Zeitraffer: Erst drohten 31 Prozent (die sogleich wieder ausgesetzt wurden), dann folgten die 39 Prozent nach dem fatalen Telefonat, ab November schliesslich 15 Prozent – bis das Oberste Gericht der USA einen Grossteil von Trumps Zöllen für illegal erklärte. Seither gilt ein genereller befristeter Satz von 10 Prozent. Bis zum 23. Juli.

Trump droht der Schweiz mit zwei neuen Zöllen

Nun droht Trump der Schweiz und weiteren Staaten mit zwei neuen Zöllen. Der erste stützt sich auf den Vorwurf, rund 60 Länder würden Zwangsarbeit zu wenig entschieden bekämpfen. Schweizer Produkte sollen deswegen mit 12,5 Prozent belegt werden.

Ein zweiter Aufschlag, der sich noch in Vorbereitung befindet, wird mit angeblichen Marktverzerrungen durch Überkapazitäten in der Industrie begründet. Wie hoch dieser Satz ausfallen könnte, ist noch offen. Es ist jedoch zu erwarten, dass der US-Handelsbeauftragte noch vor Ende Juli darüber entscheidet.

Bern weist die Vorwürfe bezüglich Kinderarbeit und Überkapazitäten entschieden zurück. Offen ist, was das bringt. Trump geht es nicht um die Bekämp-

Tages-Anzeiger
8021 Zürich
044/ 248 41 11
<https://www.tagesanzeiger.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenmedien
Auflage: 86'738
Erscheinungsweise: täglich



Seite: 3
Fläche: 117'909 mm²

Auftrag: 3009561
Themen-Nr.: 272002
Referenz:
af2061a6-b6dc-4e06-9f2a-a3b4ab1e737d
Ausschnitt Seite: 2/3

fung von Zwangsarbeit, sein Ziel ist protektionistischer Natur: Er will Zölle verhängen. Die juristische Begründung ist zweitrangig – solange die US-Gerichte ihn nicht ausbremsen können.

Rahul Sahgal, Chef der Handelskammer Schweiz-USA, fasst zusammen: «Die Trump-Regierung scheint eine Strategie mit zwei Zollansätzen zu verfolgen. Jene, die sich auf Zwangsarbeit abstützen, interpretiere ich als eine Art Grundtarif. Hinzu kommt ein zweiter Zollsatz wegen industrieller Überkapazitäten, die ein länderspezifischer Zuschlag sind.» Sahgal befürchtet: «Der Grundtarif lässt sich vielleicht nicht mehr wegverhandeln. Zu-

dem hat die US-Regierung die Verfahren dazu sorgfältig geführt, damit diese Zölle vor Gericht Bestand haben.»

«Ziel muss sein, bei maximal 15 Prozent zu landen»

Den länderspezifischen Zuschlag nutze die US-Administration als Druckmittel in den aktuellen Verhandlungen mit der Schweiz. «Ziel muss sein, bei maximal 15 Prozent zu landen» wie im Joint Statement vom letzten Jahr, sagt Sahgal. Weniger wichtig sei die formelle Ausgestaltung, solange der Deal rechtlich verbindlich sei. «Für viele Unternehmen reicht es, wenn das Joint Statement vom Herbst formalisiert oder eine ähnliche Vereinbarung

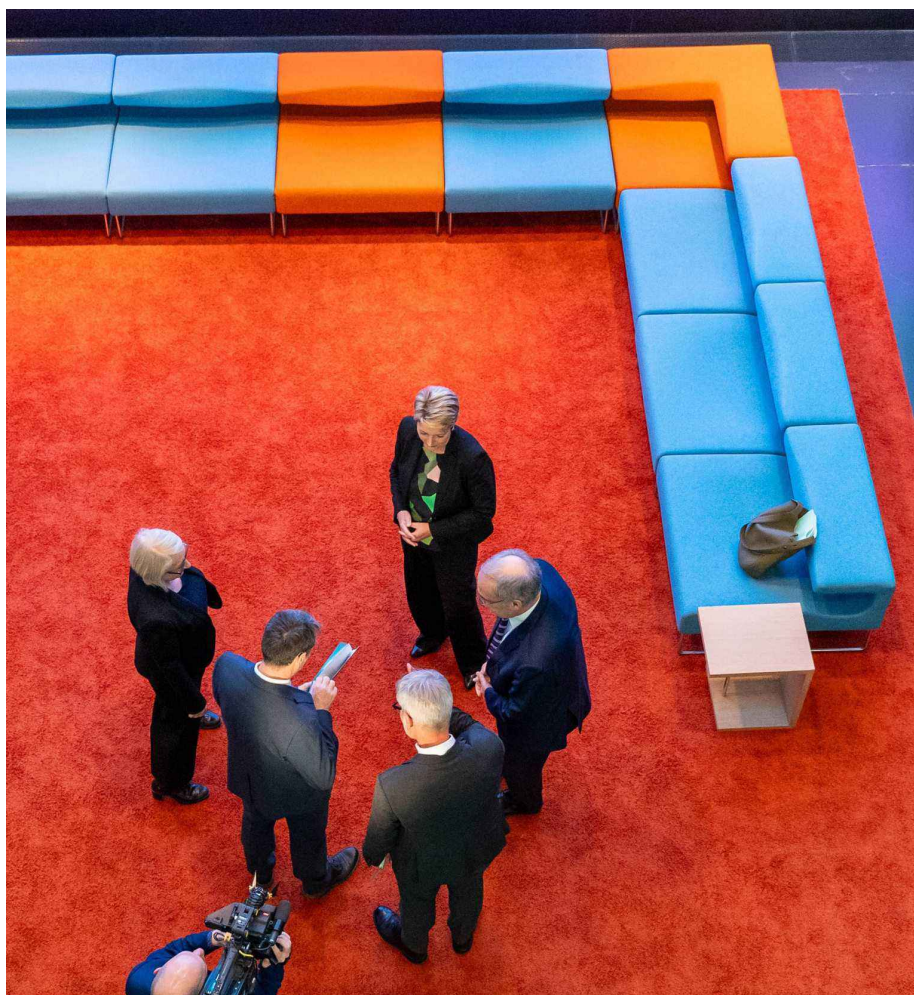
abgeschlossen wird», so Sahgal.

Damit Guy Parmelin einen Zolldeal präsentieren kann, muss er ihn nächste Woche in der Washingtoner Hitze erst einmal abschliessen. Im besten Szenario sehen die Amerikaner vom angedrohten Überkapazitätenzuschlag ab. Für die Schweiz würde ein Zollsatz von rund 15 Prozent gelten.

Verfehlt der Wirtschaftsminister dieses Ziel, dürfte der Handelsbeauftragte Greer kurz nach dem Treffen weitere Zuschlüsse auf Schweizer Importe ankündigen. Die Tarife könnten dabei über 20 Prozent steigen. Der schlechteste Fall würde an den vergangenen Sommer erinnern: eine vorläu-

fige Einigung mit Greer, die geheim bleibt und im letzten Moment von Trump persönlich vom Tisch gefegt wird.

Dann stünde Guy Parmelin mitten in einem Sturm, wie ihn auch Karin Keller-Sutter über sich ergehen lassen musste. Diesmal, so heisst es in Bern, sei man besser vorbereitet. Die Schweizer Diplomatie verfüge inzwischen über ein breiteres Netz von Kontakten in der US-Politik, um ihren Anliegen im Weissen Haus Gehör zu verschaffen – ohne dass man auf die Hilfe von sechs Wirtschaftsbossen angewiesen wäre, die im Herbst einen Goldbarren und eine Golduhr ins Oval Office trugen, um Trump zu besänftigen.



Nach Donald Trumps Liberation Day am 3. April 2025 informieren Karin Keller-Sutter und Guy Parmelin die Medien. Foto: Stefan Lanz

Bisher forderte die Landesregierung stets ein rechtlich verbindliches Abkommen. Nun weicht sie dieses Ziel auf.